

Inhalt

Geleitwort von Ministerpräsident Dr. h. c. Franz Josef Strauß	9
Zielsetzung des dokumentarischen Berichts	13
I. Aufgabe und Tätigkeit des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen im Bayerischen Staatsministerium des Innern 1946	19
1. Die Einschleusung 1946	19
1.1 Die organisatorische Vorbereitung	19
1.2 Durchschleusung der Ausweisungstransporte im Grenzlager	22
1.3 Die „gerechte“ Verteilung innerhalb der Regierungsbezirke	27
1.4 Die Wohnungsstatistik vom 10. Dezember 1945 als Grundlage	28
1.5 43 Wochenberichte über die Einschleusung 1946	30
1.6 1381 Flüchtlingslager 1946 — Lagerauflösung seit 1949	33
1.7 Der Stab Steffen und die Gemeinschaftsverpflegung in Lagern	36
1.8 Versorgung der Flüchtlingslager — Gemeinschaftsverpflegung	40
1.9 Was ist nun aus der BLV geworden?	42
1.10 Die Lagerleiter	44
1.11 Für 100 000 Vertriebene wurde das Lager zur Dauerunterkunft	44
1.12 Die Lagerauflösung	48
2. Die Einführung eines Flüchtlingsausweises — eine staatspolitische Tat	50
2.1 Definition des „Status eines Flüchtlings“ (Vertriebener)	50
2.2 Der Begriff „Flüchtling“ (heute „Vertriebener“)	52
2.3 Verordnung über die Einführung des Flüchtlingsausweises	55
2.4 Zuteilung von „Flü-Bezugsscheinen“ 1946—1948	58
2.5 Familienzusammenführung durch den Suchdienst	59
2.6 Ausstellung von 1,5 Millionen Ausweisen in sieben Monaten	60
2.7 Die Kriegsschäden am deutschen Volkskörper	62
2.8 Wandlungen im Altersaufbau 1939—1971 (Vorausberechnung)	64
2.9 Das Flüchtlingsgesetz 1947 legalisiert die Ausweisausstellung	67
2.10 Das Bundesvertriebenengesetz von 1953	68
3. Das Beschaffungsgamt des Staatskommissars	71
3.1 Das „Notofenprogramm“	72
4. 23 Zählungen der Evakuierten und Flüchtlinge 1946—1949	73
4.1 OMGUS-Befehl MG/DP/IF	73
4.2 Entlassene Kriegsgefangene und Einzelwanderer	77
4.3 Das Ende der Landflucht?	79
4.4 Zerstörte Städte — Überfüllte Dörfer	82
II. Die Zusammenarbeit im Länderrat der Amerikanischen Zone	87
1. Das Flüchtlingsgesetz vom Februar 1947 und seine Auswirkungen	87
1.1 Der Flüchtlingsausschuß des Stuttgarter Länderrats	92
1.2 „Gerechte“ Verteilung der Ausweisungstransporte auf die Länder	97
2. Wohnungsstatistik, Wohnraumbewirtschaftung und Wohnungsbau	110
2.1 Die Schwierigkeiten einer Wohnungsstatistik	111
2.2 Die Wohnraumbewirtschaftung	113
2.3 Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland	120
3. Die Luftkriegsevakuierungen	122
3.1 Der verstärkte Luftkrieg ab 1942	123

III. Die „großen Helfer“ der ersten Jahre	131
1. Der Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern	131
1.1 Organisation und Tätigkeit des Hauptausschusses	132
1.2 Aus der Sicht des Staatssekretariats	134
2. Flüchtlingshilfe vom Bayerischen Roten Kreuz (BRK)	136
2.1 Neugründung des BRK Juni 1945	136
2.2 Organisatorischer Aufbau des BRK	138
2.3 BRK-Flüchtlingshilfe für den Staatskommissar	139
2.4 Die Hilfe im Jahre 1945	139
2.5 Die Grenzlager des Staatskommissars	141
2.6 „Illegale Grenzgänger“ aus der Russischen Zone	142
2.7 Rotkreuz-Hilfe aus dem Ausland	143
3. Die Vertriebenen und die Evangelische Kirche	145
3.1 Worin bestand die kirchliche Notlage?	146
3.2 Bereits im Oktober 1945 Beginn der Auslandskontakte	150
3.3 Eingliederung der evangelischen Vertriebenen in Bayern	157
3.4 Gründung des Evangelischen Hilfswerkes in Bayern Juli 1945	158
3.5 Organisation und Leistung des Evangelischen Hilfswerks in Bayern	160
3.6 Spenden ausländischer Kirchen	162
3.7 Der Beauftragte für die kirchliche Vertriebenenarbeit	163
3.8 Die Hilfskomitees	165
3.9 Landesgeschäftsstelle für kirchliche Vertriebenenarbeit	165
3.10 Eingliederung der vertriebenen Pfarrer	166
3.11 Das Evangelische Siedlungswerk	167
3.12 Die konfessionelle Gliederung der Bevölkerung Bayerns	168
4. Die Vertriebenen und die Katholische Kirche	171
4.1 Caritashilfe und Hirtenbriefe 1945—1947	171
4.2 Die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg/Breisgau	176
4.3 Nachkriegshilfe des Vatikans und des Auslands	178
4.4 Caritas in Bayern	181
4.5 Der „Katholische Lagerdienst“	183
4.6 Caritas in bayerischen Flüchtlingslagern	184
4.7 Caritas-Schulungsstätte Greding (Landkreis Roth)	185
4.8 Die Zusammenarbeit mit der Flüchtlingsverwaltung	185
4.9 Die Flüchtlings-Seelsorge	187
4.10 Katholische Kirche und Lastenausgleich	188
4.11 Ökumenische Zusammenarbeit und Diaspora-Probleme	189
5. Suchdienst für Flüchtlinge und Ausgewiesene	192
5.1 Die Genfer Rotkreuz-Konvention von 1929	193
5.2 Suchdienst auch für Zivilvermißte — Familienzusammenführung	194
5.3 Der Suchdienst des Bayerischen Roten Kreuzes	195
5.4 Arbeitsgemeinschaft Rotes Kreuz und Kirchen 1946—1948	198
5.5 DRK-Präsidium, Suchdienst München und Hamburg 1948—1979	198
5.6 Suchdienst der Kirchen	199
5.7 Caritas-Suchdienst in Bayern ab 1945	199
5.8 Vermißtennachforschung des Deutschen Caritas-Verbandes	203
5.9 Suchdienst der evangelischen Hilfskomitees	203
5.10 „Kirchlicher Suchdienst“ — Heimatortskarteien	204
5.11 Blick in die Zukunft	208
6. Neugründung des Arbeiterwohlfahrt- (AW) und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV)	209
6.1 Die Arbeiterwohlfahrt (AW)	209
6.2 Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV)	210

IV. Nach Errichtung des Bundesvertriebenenministeriums in Bonn 213

1. Die innerdeutsche Umsiedlung von Vertriebenen und Evakuierten	213
1.1 Denkschrift des Instituts für Raumforschung vom 1. Juni 1950	216
1.2 Die innerbayerische Umsiedlung	225
1.3 Die „rückkehrwilligen Evakuierten“	226
1.4 Das Bundesevakuiertengesetz	227
2. Die Deutschen aus der DDR	228
2.1 Einige Daten über die Entwicklung in der SBZ 1945—1948	230
2.2 Der „Kalte Krieg“ zwischen den USA und der UdSSR	232
2.3 Aufnahme von SBZ-Flüchtlingen in Bayern	236
3. Familienzusammenführung — Spätaussiedler	240
3.1 Erste Hilfsgesuche an das CICR	241
3.2 Der Anfang der Aussiedlungen 1948	242
3.3 Das Ergebnis der Familienzusammenführung — Spätaussiedler	245
4. DPs — Heimatlose Ausländer — Ausländische Flüchtlinge	249
4.1 Die Rechtsstellung ausländischer Flüchtlinge	251
4.2 Verwaltungsgericht Ansbach	254
4.3 Die ausländischen Flüchtlinge in Bayern	255
4.4 Die kulturelle Leistung und Betreuung	257
4.5 Ungarnhilfe 1956/57	258
4.6 „Schluß mit dem Mißbrauch“	259
5. „Alte“ Lager — Ausländerlager — Notunterkünfte-Ost	262
5.1 Flüchtlingslager 1949 bis zur Lagerauflösung 1963	262
5.2 Massenlager, Behelfswohnlager, Wohnlager	263
5.3 Ausländerlager in Bayern	264
5.4 „Notunterkünfte-Ost“ — Lager und Wohnheime für Spätaussiedler und SBZ-Flüchtlinge	267
5.5 Gesamtüberblick über die staatlichen Flüchtlingslager 1946—1979	268

V. Die wirtschaftliche Eingliederung 271

1. Die Vertriebenen und der Arbeitsmarkt in Bayern	271
1.1 $\frac{9}{10}$ der erwerbstätigen Vertriebenen wurden Arbeitnehmer	271
1.2 Zur allgemeinen Bedeutung der Arbeitsmarkt-Statistik	271
1.3 Bayerisches Arbeitsministerium und Landesarbeitsämter 1945—1952	272
1.4 „Arbeit und Wirtschaft in Bayern“ — Auszüge aus den Monatsberichten	273
1.5 Juni 1954: „Besserung auch auf dem Arbeitsmarkt der Flüchtlinge“	278
1.6 Die Entwicklung eines bundesdeutschen Arbeitsmarktes	281
1.7 Zusammenarbeit zwischen Arbeitsministerium und Flüchtlingsverwaltung	281
2. Die wirtschaftliche Eingliederung — Allgemeine Bemerkungen	287
3. Die ländliche Selbsthaftmachung vertriebener Bauern	290
3.1 Bodenreform in Bayern	290
3.2 Die Oberste Siedlungsbehörde in Bayern	293
3.3 Flüchtlingsiedlungsgesetz 1949	294
4. Flüchtlingsbetriebe in Bayern	297
4.1 Initiativen und Selbsthilfe-Organisationen schon 1945	297
4.2 Vorschläge zur Eingliederung	301
4.3 Wirtschaftshilfe — AIA — Vertretung der ostdeutschen Betriebe	303

4.4	Verband der heimatvertriebenen und mitteleuropäischen Wirtschaft	303
4.5	Die Errichtung von Flüchtlingsbetrieben vor der Währungsreform	304
4.6	Staatsbürgschaften für Flüchtlingsproduktivkredite in Bayern . . .	306
4.7	Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA)	310
4.8	„Die importierte Industrialisierung“	313
4.9	Flüchtlingsbetriebe im Handwerk	314
4.10	Der „Sonne-Bericht“	315
VI. Lastenausgleichsleistungen in Bayern		317
1.	1945 dachte noch kein Vertriebener an eine Entschädigung	317
1.1	Hoffnung auf Rückkehr	317
1.2	Forderung zur Errichtung einer Flüchtlingsverwaltung	318
1.3	Selbsthilfe — der beste Weg zur Eingliederung	319
2.	1947 Beginn der staatlichen Eingliederungshilfe	319
3.	Probleme der Mittelbeschaffung für einen Ausgleichsfonds	322
4.	Die Vorgeschichte auf Bundesebene	324
4.1	Fliegerschäden im Zweiten Weltkrieg	325
4.2	1947 Gründung des Zentral-Verbandes der Fliegergeschädigten	325
4.3	Finanzpolitische Diskussion über die Reichsschulden	326
4.4	Die politischen Parteien 1947 noch zurückhaltend	327
4.5	Finanzausgleich auch zwischen den Bundesländern	328
4.6	Forderungen der Vertriebenenverbände	329
4.7	Die Landsmannschaften	330
4.8	Der ZvD (Zentralverband der vertriebenen Deutschen)	330
4.9	Zusammenschluß im Bund der Vertriebenen (BdV)	331
4.10	Der 15er Ausschuß in Bad Homburg vor der Höhe	332
5.	Hauptamt für Soforthilfe — Bundesausgleichsamt	333
6.	Das Problem der Schadensfeststellung	335
7.	Gesamtvolumen des Lastenausgleichsfonds 141 Milliarden DM	337
8.	Ausgleichsverwaltung und Flüchtlingsverwaltung in Bayern	339
8.1	München, das größte Ausgleichsamt der Bundesrepublik	341
8.2	Die Außenstellen des Landesausgleichsamtes	343
8.3	Antragseingang und Erledigung in Bayern 1952 bis 1. 1. 1979	344
8.4	18,2 Milliarden DM SHG/LAG/BFG-Leistungen in Bayern seit 1949	346
8.5	Die Ausgleichsamtsleiter	347
8.6	Erledigungsstand in Bayern nach einzelnen Leistungsarten	348
8.7	Die Kriegsschadenrente	348
8.8	Die Hausratenschädigung in Bayern	351
8.9	Die Schadensfeststellung und Hauptentschädigung in Bayern	352
8.10	Sonstige Anträge mit Rechtsanspruch	354
8.11	Drei weitere LAG-Leistungen ohne Rechtsanspruch	354
8.12	1,8 Milliarden DM für Aufbaudarlehen in Bayern	354
8.13	Weitere Kriegsfolge-Gesetze des Bundes	358
8.14	Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz („Zonenschäden“)	358
8.15	Die Diskussion über die staatspolitische Tragweite	359
9.	Sehr unterschiedliche Aufgaben in den Bundesländern	360
10.	Kriegssach- und Vermögensschäden, Kriegsoffer und Verfolgte	361
11.	Das Ende der Lastenausgleichsabgaben	362
Personenregister		363